

RATHAUSKÖRPERSPONDERENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl Honay

Wien, Freitag, den 6. April 1923.

Die Wehrmacht für die Kinder-Rettungswoche. Am Sonntag, den 8. d. M. von 11 bis 1 Uhr vormittags werden drei Musikkapellen der Wehrmacht Platzkonzerte zu Gunsten der Kinder-Rettungswoche abhalten. Die Brigademusik 1 wird unter Führung ihres Kapellmeisters, Herrn Karl Wojazek am Rathausplatz spielen. Die Musikkapelle des 3. Inf. Reg. unter ihrem Kapellmeister, Herrn K. Krall wird am Schwarzenbergplatz aufstellung nehmen. Von der Albrechtskaserne im II. Bezirk wird die Musikkapelle des 5. Inf. Reg. mit klingendem Spiel gegen den Praterstern ziehen und dort aufstellung nehmen.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 6. April 1923.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt eine Zuschrift des argentinischen Gesandten Dr. Fernando Perez mit, wonach der Gemeinderat von Buenos Aires in seiner Sitzung am 30. Dezember 1922 den Beschluß fasste, einen Teile der Strasse Gallo den Namen „Austriastrasse“ zu geben. Dr. Perez fügt dieser Mitteilung bei, daß diese Kundgebung des Gemeinderates in Buenos Aires den warmen Sympathiegefühlen Ausdruck gibt, die man in seiner Heimat für die österreichische Republik empfindet und die stets wirksam bleiben wird. Der Beschluß solle gleichzeitig eine Aeußerung des Dankes dafür bilden, daß die argentinischen Bürger in Wien stets die gastfreundlichste und liebenswürdigste Aufnahme gefunden haben.

GR. Kurz (Soz. Dem.) beantragt für die genehmigte Adaptierung im ehemaligen Stallgebäude der Reichenbestattung Hietzing, Weiglasse, für Zwecke der Hauptwerkstätte der Strassenbahnen einen Nachtrag von 428 Millionen zu genehmigen, der aus den laufenden Betriebsmitteln zu decken ist.

GR. Breuer (chr. soz.) vermisst eine nähere Begründung, warum der ursprünglich angeforderte Kredit von 35 Millionen Kronen so gewaltig gesteigert worden sei, er beantragt zum Zwecke der Ueberprüfung dieser Nachtragskreditforderung zugrunde liegenden Ursachen die Wahl eines 12gliedrigen Untersuchungsausschusses, über den Antragwünscher namentliche Abstimmung.

GR. Hofrat Schmid (chr. soz.) stimmt den Argumenten Breuer's zu und bemerkt, daß infolge der fortwährenden hohen Nachtragskredite wahrscheinlich bald eine Tarifierhöhung auf der Strassenbahn eintreten werde.

Der Referent erwidert, daß seinerzeit im Juni v. J. nicht 35 sondern 70 Millionen angesprochen und bewilligt worden seien. Seither hat sich durch die gewaltige Indexsteigerung sowie durch umfangreiche Arbeiten in der Werkstätte selbst die ursprünglich veranschlagte Summe naturgemäß automatisch erhöht.

Der Antrag des Stadtsenats wird sodann angenommen, der Antrag Breuer abgelehnt.

GR. Reisinger (Soz. Dem.) referiert über die Verstärkung des Drehkranes im Freudenauer Winterhafen, die von drei auf fünf Tonnen erhöht werden soll. Die Kosten stellen sich auf 223 Millionen Kronen. Er beantragt, daß die Arbeiten sofort begonnen werden, weil gegenwärtig ein günstiger Wasserstand zu verzeichnen ist.

GR. Rotter (chr. soz.) erklärt, daß aus den Betriebsmitteln der Lagerhäuser in der letzten Zeit sehr viele Investitionen bestritten werden. Auch dieser Betrag soll aus den Betriebsmitteln der Lagerhäuser gedeckt werden, was unzulässig ist. Wahrscheinlich ist durch die unge-

GR. Wawerka (chr. soz.): Da nun leider durch Jahre die Heizung in den Turnsälen eingestellt ist, scheint der vorliegende Antrag ziemlich unverständlich. Es ist überhaupt in dieser Beziehung eine Sparsamkeit festzustellen, die der reichen Gemeinde Wien nicht würdig ist. Sie haben es so weit gebracht, daß den Kindern der Turnsaal entzogen wurde. Man hat wohl versucht einen Ersatz zu finden, indem in den Klassenzimmern der Turnunterricht erteilt worden ist. Das ist aber kein Ersatz für das Turnen im Turnsaal, weil im Lehrzimmer kein Platz und keine Geräte vorhanden sind. Schliesslich möchte ich feststellen, daß durch die Ausschaltung der Heizung von den Turnsälen gar kein nennenswertes Ersparnis erzielt wird. Es genügt auch gar nicht, daß die Fußböden der Turnsäle entsprechend imprägniert werden, sondern es müßte überhaupt eine Restaurierung der Turnsäle stattfinden und dafür die entsprechenden Kredite bewilligt werden. In vielen Schulen sind die Geräte schon sehr schadhaft. Schliesslich verwahren wir uns noch dagegen, daß die Turnsäle unter gesuchten Begründungen für bestimmte Zwecke nicht zur Verfügung gestellt werden. So hat der Obmann einer Elternvereinigung vom Bezirksvorsteher des 20. Bezirkes einen Turnsaal verlangt, in dem die Kinder nach der Kommunion gemeinsam bewirtet hätten werden sollen. Nun wurde die Benützung des Turnsaales nur für den Fall gestattet, daß die Kinder mit Turnschuhen versehen sind. Dies ist unbegreiflich, da ja in den Turnsälen viele Elternversammlungen, Skioptikvorträge und andere Veranstaltungen angehalten werden, zu denen Erwachsene mit Strassenschuhen erscheinen. Eine derartige Begründung ist lächerlich, sie darf nicht Platz greifen und es wäre besser und auch ehrlicher, wenn allen Vereinen die Benützung der Turnsäle untersagt wird. (Beifall).

GR. David erklärt in seinem Schlusswort, daß ein Erlaß des Stadtschulrates das Betreten des Turnsaales an einem Sonntag nicht gestattet. Die Vorschläge der Frau Gemeinderat Walter sollen geprüft und wenn durchführbar auch verwirklicht werden.

heuerlichen Tarifierhöhungen in den Lagerhäusern so viel Geld übrig, daß, so große Beträge in einem Jahr investiert werden können. Es muß entschieden dagegen protestiert werden, daß solche Ausgaben aus Betriebsmitteln gedeckt werden, dafür wäre ein Investitionskreditaufzunehmen.

GR. Reisinger (Schlusswort) verweist darauf, daß die Tarife in den städtischen Lagerhäusern bereits dreimal herabgesetzt worden sind, und bei der herrschenden Geldentwertung solche Auslagen aus den Betriebsmitteln gedeckt werden müssen.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

GR. David (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschusses von 100 Millionen Kronen für das Einlassen der Turnsaalfußböden mit Leinöl. Bis jetzt wurden diese Fußböden mit Stauböl imprägniert. Da aber der Stadtschulrat den schwedischen Turnunterricht eingeführt hat, bei dem die Kinder viele liegende Übungen machen müssen, hat sich herausgestellt, daß die mit Stauböl eingelassenen Fußböden gesundheitsschädlich sind. Es soll daher für 435 Schulen der Boden der Turnsäle mit Leinöl getränkt werden. Die Kosten hierfür betragen 117 Millionen, da im Budget nur 17 Millionen eingestellt sind, ist ein Zuschusskredit von 100 Millionen erforderlich.

GR. Walter (chr. soz.): Es ist sehr fraglich, ob die neue Art der Imprägnierung entspricht. Sicherlich wird sie besser sein, als die frühere, aber ob man nicht gleich statt der Bretterböden eine neue Masse verwenden soll, die von Fachleuten sehr empfohlen wird, könnte doch ernstlich geprüft werden. Es ist auch nicht einzusehen, warum alle Turnsäle auf einmal mit Leinöl behandelt werden müssen, da ja noch nicht alle Lehrer die neue Turnmethode durchzuführen imstande sind. Ich möchte entschieden warnen, diese kostspielige Arbeit schon jetzt zu machen, wo man nicht einmal noch alle Lehrer hat. Es würde ein Versuch genügen. Es ist leider noch immer so, daß viele Schulen im Winter überhaupt keinen Turnunterricht haben, weil die Turnsäle nicht geheizt werden. Dadurch ist der Turnunterricht zu einem Luxusgegenstand geworden. Dagegen, werden die Turnsäle außerordentlich reichlich und häufig von schulfremden Personen benutzt. Der Wiener Gemeinderat sollte streng darauf achten, daß die Turnsäle nur zur körperlichen Erhaltung benützt werden, während alles andere in den Hintergrund zu treten hätte.

Winn, Friday Jan 6. April 1923.

103

Hierauf werden die Posten 18, 23, 22, 23, 24, 15, 29, 16, 35 und 34 ohne Debatte angenommen. Beim letzten Referat, welches für den Bau eines Volksbades in Ottakring, Bachgasse 12, Kosten von 4 Milliarden Kronen anfordert, teilt GR. Siegel mit, daß in diesem Bad auch russische Schwitzbäder eingerichtet werden sollen.

GR. Kokrda (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschusses von 36 Millionen zur Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln für die allgemeinen Mittelschulen Wiens.

GRin. Walter (chr. soz.) lenkt hierbei das Augenmerk wieder auf die Mädchen- und Frauenbildung und bittet ihr im nächsten Schuljahr mehr Beachtung zu schenken und entsprechende Mittel aufzuwenden. Der angesprochene Kredit von 36 Millionen werde kaum hinreichen.

Der Referent erwidert, daß ein Kredit in dieser Höhe vom Stadtschulrat selbst angesprochen werden sei.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Siegel (Soz. Dem.) beantragt für die elektrische Beleuchtung in den Strassen Wiens einen Zuschuss von 885 Millionen Kronen zu genehmigen.

GR. Holschek (chr. soz.) bemängelt die schlechte Beleuchtung der Strassen, in einigen könne man sich nur mit Mühe vorwärtstappen, so finster sei es zur Nachtzeit, außerdem laufe man Gefahr angesichts des schlechten Zustandes der Strassen und vielfach auch der Gehsteige einen Unfall zu erleiden. Wenn die Mehrheit ~~sich~~ die Stadt Wien weiterhin in dieser Finsternis belasse, ~~wäre~~ der Bevölkerung bald ein Licht aufgehen, daß diese Bevölkerung vielleicht auch den Weg weisen werde, zur Wiedereroberung des Rathauses durch die Christlichsozialen.

GR. Müller (Meidling) chr. soz. ersucht den Referenten sich dafür einzusetzen, daß die öffentlichen Uhren auf Kirchen und Amtshäusern wieder beleuchtet werden.

Der Referent entgegnet, diesem Wunsche werde nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Allerdings stehen dem manche Hindernisse im Wege. Von den 136 öffentlichen Uhren Wiens seien viele im gebrauchsunfähigen Zustand, weil während des Krieges und auch nachher vielfach Bestandteile, ja mitunter sogar die Motoren, die die Uhren treiben, von unbekanntem Täter gestohlen worden seien.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Siegel beantragt die Leistung eines Beitrages zum Betriebskostenabgang des Wiener Donaukanals, wozu die Gemeinde vertraglich verpflichtet sei.

GR. Feiwinger (chr. soz.) verweist auf den Uebelstand, daß an der Donaulände nächst der Brigittabrücke an einen Unternehmer Uferstreifen zur Anlage von Sandplätzen verpachtet wurden, wodurch die angrenzenden Gebietsteile unter schwerer Staubplage leiden.

Der Referent entgegnet, daß die Gemeinde Wien auf die Vergebung der Lände keinen unmittelbaren Einfluß habe, doch werde sie durch ihre Vertreter in der Donauregulierungskommission entsprechende Vorstellungen erheben.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

StR. Siegel (Soz. Dem.) beantragt die Aufstellung eines Einfriedungsgitters und kleinerer baulicher Herstellungen in der Lungenheilstätte Bellevue. Die Gesamtkosten betragen 37,4 Millionen. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR. Lischke (Soz. Dem.) beantragt die Grundeinlösung der Firma Wotraubek, die gleichfalls ohne Debatte angenommen wird. Derselbe Referent berichtet über den Pachtvertrag zwischen der Kleingartenstelle und der Gemeinde. Dieser Vertrag sichert der Kleingartenstelle bis einschließlich 1938 den städtischen Reservergarten in Kagran für die Anlage einer Obstbaumchule. Der Pachtzins beträgt vorläufig für die ersten zwei Jahre je 2 Millionen Kronen. Der Vertrag wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Schmid (Soz. Dem.) berichtet, daß im Voranschlag für das Jahr 1923 ein Betrag von 38 Millionen für die Instandsetzung der städtischen Strombäder „Augartenbrücke“ und „Aspernbrücke“ eingesetzt ist. Durch unvorhergesehene Mehrarbeiten hat sich dieser Betrag um 15 Millionen erhöht. Es wird daher beantragt, daß ein Zuschusskredit in der gleichen Höhe bewilligt wird. (Angenommen).

GR. Isser (Soz. Dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschusses von 21,9 Millionen für das zweite Halbjahr 1921 für die Wasserversorgung der Gemeinde und bemerkt, daß diese Summe in den Mehrerträgen von 25,7 Millionen der Forstwirtschaft des Betriebes der Wasserversorgung gedeckt sind. (Angenommen). Der gleiche Referent berichtet über bauliche Veränderungen im Amtshaus Bubba Doblhoffgasse Nr. 6, die zur Unterbringung der städtischen Kleingartenstelle erforderlich sind. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und ein Zuschusskredit von 6,5 Millionen für diesen Zweck bewilligt.

GR. Linder (Soz. Dem.) referiert über die Genehmigung eines Zuschusses von 2,760.000 Kronen für verschiedene Amts- und Anstaltsverordnungen. (Angenommen).

GR. Schütz (Soz. Dem.) ersucht um die Zustimmung zur Herstellung einer Privatgasse im Ottakringer Siedlungsgebiet. (Angenommen). Der gleiche Referent beantragt, daß den städtischen Elektrizitätswerken eine Baubewilligung erteilt werde. (Angenommen).

GR. Strohmayer (Soz. Dem.) stellt den Antrag, daß ein Zuschusskredit von 13,3 Millionen zur Deckung der Kosten eines vor Gericht nach dem Kraftwägenhaftpflichtgesetz abgeschlossenen Vergleiches nachträglich genehmigt werden möge. (Angenommen).

StR. Weber (Soz. Dem.) beantragt, daß die Gemeinde Wien der österreichischen Wohnungs- und Siedlungskonferenz als Mitglied beitreten und vorläufig einen freiwilligen Regiebeitrag von 100.000 Kronen leisten möge. (Angenommen).

StR. Professor Tandler stellt den Antrag, daß für die Lebensmittelverföhrung für die amerikanische Kinderhilfsaktion ein Zuschusskredit von 9,6 Millionen bewilligt werden möge.

Dr. GRin. Motzko (chr. soz.): Es ist mir bekannt, daß die Gemeinde noch immer mit dem amerikanischen Kinderhilfswerk über Forderungen der Gemeinde verhandelt. Ich möchte bitten, daß diese Verhandlungen so geführt werden, daß ihr nicht in den Geruch der Undankbarkeit kommen. Es ist aber nun auch notwendig, daß die ganze Angelegenheit der Kinderauspeisung noch einmal gesprochen wird. Sie haben als einziges Bundesland den Amerikanern die Türe gewiesen, um die Auspeisung allein durchzuführen. Leider haben Sie dadurch keinen Ersatz für das geschaffen, was durch die Amerikaner hätte geboten werden können. Es hat sich ja in der letzten Zeit Ihre Auspeisung stark vergrößert, so daß nicht mehr 6000, sondern bereits 15.000 Kinder ausgespeist werden, aber nur ein Drittel davon sind Profressor, wobei ich doch empfehlen möchte, daß dieser Ausdruck, der so etwas wie Lieblosigkeit in sich birgt, abgeschafft wird. Was haben aber die Amerikaner auf diesem Gebiete geleistet. Sie haben im Sommer 1921 130.000 Schulkinder und außerdem noch 32.000 Kinder in den Anstalten ausgespeist. Sie haben außerdem noch im Schuljahre 1921/22, dem letzten Jahre ihrer Tätigkeit, 54.000 Kinder ausgespeist. Nun haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gebessert, im Gegenteil, durch die Arbeitslosigkeit ist eine Verschlechterung eingetreten. Unter solchen Umständen ist es also eigentümlich, daß die Auspeisung unter der Führung der Gemeinde so stark zusammengeschrumpft ist. Ich gebe gerne zu, daß das Essen gut ist, aber es müßte auch von den Kindern in den Auspeisestellen eingenommen werden. Heute würden die Mahlzeiten vielfach nach

Hause getragen. Das alles hätte vermieden werden können, wenn man mit den Amerikanern die Ausspeisung durchgeführt hätte. Leider steht die Gemeinde der amerikanischen Kinderhilfsaktion vollkommen verständnislos gegenüber. Gegenwärtig werden von den Amerikanern noch immer 100 Anstalten, die nur nach ihrer Bedürftigkeit ausgewählt worden sind, mit der Ausspeisung beteiligt. Ich habe die bestimmte Ueberzeugung, daß wenn die Gemeinde sich nur ein klein bisschen bemühen würde, sie die Hilfe der Amerikaner erhalten könnte. Da auch das argentinische Hilfswerk nicht mehr lange in Wien tätig sein wird, so ist sehr schwer zu sagen, wie diese Anstalten, die jetzt von den Hilfsaktionen beliefert werden, weitergeführt werden sollen. Ich stelle daher den ganz konkreten Antrag, daß der Gemeinderat beschliessen möge, durch eine Intervention bei der amerikanischen Kinderhilfsaktion eine Weiterführung der Anstaltsausspeisung zu erwirken, da die Amerikaner diese Ausspeisung Ende Juni einstellen. Ich hoffe, daß Sie diesen Antrag annehmen werden, denn es müsste ~~es~~ sonst die Meinung entstehen, daß Ihr Verhalten gegenüber dieser Aktion uns als Indolenz vorkommen würde. Sie sind leider jetzt schon in den Geruch großer Undankbarkeit und leider auch einer gewissen Ungezogenheit gekommen. Es mehren sich in der Wiener Bevölkerung die Stimmen, daß Sie kein soziales Empfinden besitzen, denn sonst würden Sie nicht von den Pfründern und Arbeitslosen die Wohnbausteuern einheben. Ihre Tätigkeit hat das Elend dieser Stadt nicht gelindert, sondern schafft immer neues Elend. (Beifall).

Professor Tandler (Schlusswort): Unser Verhältnis zu den Amerikanern ist wohl so, daß uns immer von Ihrer Seite eine gewisse Gedrängtheit imputiert wird. Es ist hier feierlich erklärt worden, daß von einem Zwist mit den Amerikanern keine Rede sein kann und wir haben auch in diesem Saale den Amerikanern für die große Unterstützung festlich gedankt. Wir haben überhaupt bei jeder Gelegenheit das Liebeswerk der Amerikaner anerkannt und nur bei der Schulausspeisung Differenzen gehabt. Was die Zahl der ausgespeisten Kinder anlangt, so haben wir in das Budget die Ausspeisung für 20.000 Kinder aufgenommen. Sie werden hier keinen einzigen Fall anführen können, daß wir einen Bedürftigen von der Ausspeisung ausgeschlossen haben und es ist ganz klar, daß wir von den Kindern der Arbeitslosen überhaupt keinen Beitrag verlangen. Wir haben keinen einzigen Bedürftigen gegewiesen. Wenn die Amerikaner in höchst dankenswerter Weise noch Kinder in den Anstalten ausspeisen, so werden wir selbstverständlich für dieses Liebeswerk unseren Dank ausdrücken. Die Gemeinde Wien gibt fast 400 Milliarden Kronen für Wohlfahrtszwecke in diesem Jahre aus. Es ist das ein Drittel unseres gesamten Budgets und ich glaube kaum, daß es noch eine zweite Stadt gibt, die das leistet. Ich stelle ausdrücklich fest, daß wir den Pfründern einen Mietzinsbeitrag von 10.000 Kronen monatlich geben, um dassauch die Arbeitslosen diesen Beitrag erhalten. Ich glaube kaum, daß es einen einzigen Pfründer oder Arbeitslosen in Wien gibt, der diese Summe monatlich an Wohnbausteuern zu zahlen hätte. (Beifall).

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, der Antrag Motzko genügend unterstützt und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Professor Dr. Tandler berichtet, daß sie Amerikaner einen Betrag von 7 Millionen Kronen für die Errichtung einer Badeanlage in der Kindererholungsstätte Pötzleinsdorf gespendet haben. Da aber die Anlage 25 Millionen kostet, wird ein Zuschusskredit von 18 Millionen beantragt. (Angenommen).

Professor Dr. Tandler beantragt die Uebernahme der Verpflegskosten für die im Blindenheim in Melk untergebrachten nach Wien zuständigen Blinden. Die Verpflegskosten für das Jahr 1923 betragen 16 Millionen und für das Jahr 1922 wird ein Nachtrag von 1.737.000 K beansprucht. (Angenommen).

Professor Dr. Tandler referiert über die Erhöhung der Pflegegelder für die bei Privatparteien untergebrachten magistratischen Pflegekinder. Es sollen die Pflegegelder von 120.000 auf 250.000 für Säuglinge und kleine Kinder und in besonders berücksichtigungswerten Fällen von 150.000 auf 350.000 K erhöht werden. Die Gesamtkosten für das Jahr 1923 betragen 10 Milliarden, der Zuschusskredit 3,6 Milliarden.

in
GR. Wielsch (chr. soz.) wünscht, daß diese Erhöhung automatisch erfolge und nicht daran geknüpft sei, daß die Pflegeeltern darum ansuchen müssen. Es hat sich bei den Pfründern, die gleichfalls erhöht werden sind herausgestellt, daß viele Bedürftige den Weg zum Fürsorgerat scheuen und daher der Erhöhung nicht teilhaftig werden können. Zumindest müsste an den Auszahlungsstellen genau ersichtlich sein, daß diese Unterstützungssätze erhöht werden.

Der Referent erwidert, er werde dafür sorgen, dass die Pflegeeltern rechtzeitig benachrichtigt werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Post ~~44~~ 44 (Nachtragskredite und Investitionen für das Versorgungshaus Leopoldstadt im Werd) wird ohne Debatte angenommen, desgleichen Post 46 (Wiedereröffnung der vom Bunde aufgelassenen Behandlungsstellen für mittellose Geschlechtskranke im XII. Bezirke durch die Gemeinde Wien).

GR. Tandler beantragt, an die Gemeinnützige Gesellschaft zur Führung der Heilanstalt Alland ausnahmsweise nur Bestreitung notwendiger Ausgaben für den Monat Februar 1923 Verpflegskostenvorauszahlungen zu gewähren.

GR. Paulitschke (christl. soz.) erklärt, es wäre ein Akt der Gerechtigkeit, wenn auch den anderen Privatanstalten, in welchen auf Rechnung der Gemeinde Wien Menschen gepflegt werden, solche Vorauszahlungen bewilligt werden und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Der Referent entgegnet, er habe der betreffenden Magistratsabteilung den Auftrag gegeben, ^{sich mit} diesen Anstalten, die noch keine Vorauszahlungen haben, in Verbindung zu setzen und anzufragen, ob sie Vorauszahlungen wünschen. Die Gemeinde habe ein Interesse daran, solche Anstalten zu unterstützen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen, der Antrag Paulitschke genügend unterstützt und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Nach einem Referate Breitners wird Post 17, nach einem Referate Speisers Post 37 und Post 12 ohne Debatte angenommen und hierauf die öffentliche Sitzung geschlossen.